Eine klammheimliche Kungelei

Hätte die SPD zu DDR-Zeiten stärker auf Dissidenten setzen sollen, hätte sie die friedliche Revolution voraussahnen müssen? Richtig ist: Manche Sozialdemokraten mißverstanden, jedenfalls seit der westdeutschen Wende 1982, das Konzept vom „Wandel durch Annäherung": Sie biederten sich Honecker und Konsorten an.

Einen solchen Auftrieb politischer Potentaten, wie ihn Richard von Weizsäcker im Januar 1989 inszenierte, hatten die Bonner selten zuvor erlebt. Acht amtierende Staats- und Regierungschefs, vom französischen Präsidenten François Mitterrand bis zum polnischen Premier Mieczyslaw Rakowski, lud der Bundespräsident in seine Villa Hammerschmidt.

Das Festmenü galt dem Wirken des früheren SPD-Vorsitzenden und Bundeskanzlers Willy Brandt, der kurz zuvor seinen 75. Geburtstag gefeiert hatte.

Nicht nur als Persönlichkeit, so von Weizsäcker in seiner Laudatio, sondern vor allem in seiner Außen-, sprich Ostpolitik, habe Brandt Maßstäbe gesetzt. Der Aussöhnung mit dem Westen, die Konrad Adenauer zustande brachte, habe der Sozialdemokrat „die Verständigung mit dem Osten an die Seite" gestellt: „Aus beiden Teilen ist ein zusammengehörendes Ganzes geworden, das seither nicht mehr ernsthaft umstritten ist – ein kostbares Allgemeingut."

So ungewöhnlich das Lob des CDU-Mannes für den Sozialdemokraten Brandt war, so beschrieb es doch exakt den Stand der Dinge. Nach dem Machtwechsel 1982 hatte der christdemokratische Kanzler Helmut Kohl mit seiner CDU/FDP-Koalition die Deutschland-Politik der SPD fast nahtlos fortgeführt.

Vergessen war der erbitterte Widerstand, mit dem die Union und speziell ihre Rechtsausleger die Versöhnung mit dem Osten und die Politik der kleinen Schritte bekämpft hatten. In dem von Brandt erstrebten „Wandel durch Annäherung" hatten manche Christdemokraten immer ein Risiko gesehen – daß auch der Westen im Zuge der Annäherung viele Prinzipien aufzugeben hätte.

Die Bonner Christenunion wehrte sich 1975 vehement gegen eine deutsche Mitwirkung an der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit. Doch gerade die KSZE-Prinzipien überstaatlicher Menschenrechte wirkten wie ein Sprengsatz für die östlichen Diktaturen.

Gegen den CDU/CSU-Widerstand konnten die Sozialdemokraten im zähen Ringen mit den östlichen Gesprächspartnern viele menschliche Erleichterungen einhandeln. In den Worten des Bundespräsidenten bei seiner Brandt-Laudatio: Dessen Politik habe das Gewicht Deutschlands gestärkt und sein Ansehen erhöht: „Im unheilvollen Zustand der Teilung hat es den Menschen in Ost und West gedient."

Knapp drei Jahre nach dem Fall der Mauer bekommen die Lorbeerkränze auch welke Blätter. Je mehr Akten der aufgelösten DDR zugänglich werden und den Blick hinter die Kulissen der Ostpolitik ermöglichen, desto stärker werden die Zweifel an ihrer reinen Menschenfreundlichkeit.

* Michael Kohl, Egon Bahr 1973.

Deutsch-deutsche Unterhändler beim Austausch der Urkunden zum Grundlagenvertrag*: Annäherung – statt Wandel?

Was aus den archivierten Dokumentenbeständen von SED, Stasi und DDR-Ministerien herauszulesen ist, weckt böse Vermutungen: War den Unterhändlern aus dem Westen die Annäherung an die Diktatoren im Osten am Ende wichtiger als der Wandel? Entspann sich eine stille Komplizenschaft, in der sich ein Mantel des Schweigens über das ökonomische, politische und moralische Elend jenseits des Eisernen Vorhangs breitete? Half die Politik des Westens gar, das Überleben der kommunistischen Regime zu verlängern – auf Kosten der Freiheitsbewegungen vor Ort?

Haben die Sozialdemokraten die Evolution wie die Revolution im Osten behindert, indem sie die alten Machthaber ohne Not über die Zeit hinaus hofierten?

Nach der Stasi-Debatte, die der unkeuschen Nähe vieler DDR-Bürger zu ihrem Staat nachspürt, gehört jetzt auch das Verhältnis des Westens zum Honecker-Staat auf den Prüfstand. Es geht um den Vorwurf der Kollaboration, die, so der Berliner Journalist Klaus Hartung, „alle bundesdeutschen Lager" durchzog und „quer zum Links-Rechts-Schema" lag.

Die Fragen treffen Journalisten, denen die Mitinszenierung der Auftritte bei Hofe bedeutsamer erschien als die Proteste der DDR-Oppositionellen. Die Kritik zielt auf bundesdeutsche Gewerkschaftsfunktionäre, die nach Auffassung der Sozialwissenschaftler Manfred Wilke und Hans-Hermann Hertle ein zweifelhaftes „Genossenkartell" mit den sozialistischen Einheitsgewerkschaftern vom Ost-Berliner FDGB formten*.

Gesprächspartner Brandt, Honecker 1985: Ohne Not hofiert?

Wie der Kontakt mit den Mächtigen des anderen deutschen Staates in Anbiederung umschlagen konnte, bewiesen gerade konservative Politiker:

▷ Der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß, Einfädler des Milliardenkredits für die schon damals bankrotte DDR, plauderte im Juni 1983 gegenüber Alexander Schalck-Golodkowski, dem Emissär Erich Honeckers für deutsch-deutsche Geheimgespräche, offen über seine geplante Reise in das vom Kriegsrecht beherrschte Polen: Die polnische Regierung habe den Wunsch geäußert, daß er „nicht mit Führern illegaler Gruppen" zusammentreffe. Strauß zu Schalck: Er werde „diese Bitte voll" respektieren.

▷ Straußens Nachfolger Theo Waigel und Max Streibl baten die DDR-Führung um Verständnis für den Standpunkt der CDU/CSU „zur Frage der Wiedervereinigung und der Obhut der ‚Heimatvertriebenen'". Das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes, so die beiden Konservativen entschuldigend, könne „von keiner Partei" ignoriert werden – wolle man nicht die „extrem konservativen und neofaschistischen Kräfte in der BRD" stärken.

▷ Selbst Alfred Dregger, Spitzenmann der rechten Stahlhelm-Fraktion in der CDU, begrüßte laut DDR-Protokollen den Staatsratsvorsitzenden Honecker bei dessen offizieller Visite in Bonn 1987 als „deutschen Kommunisten", mit dem ihn als „deutscher Demokrat" viel verbinde.

Deutsch-deutsche Doppeldeutigkeiten.

Doch der Vorhalt, die ursprüngliche Sprengkraft der Ostpolitik in Metternichscher Status-quo-Diplomatie erstickt zu haben, trifft keinen so wie die Sozialdemokratie. Es gebe, so der SPD-Politiker Gert Weisskirchen, „eine Befangenheit, über dieses Thema offen zu reden". Für die Sozialdemokratie habe die Entspannungspolitik „ein identitätsstiftendes Moment dargestellt".

Dies gilt bis heute. Während Konservativen wie Strauß, ideologischer Nähe unverdächtig, der kumpelhafte Umgang mit SED-Regenten als Begleiterscheinung einer pragmatischen Machtpolitik gnädig nachgesehen wird, steht für die

* „Das Genossenkartell. Die SED und die IG Druck und Papier/ IG Medien". Ullstein Verlag, Berlin; 456 Seiten; 29,80 Mark.

Gesprächspartner Honecker, Kohl 1987: Vertraulichkeit oder Anbiederung?

SPD weit mehr auf dem Spiel: die Grundsatzfrage, ob das historische Verdienst ihrer Ostpolitik 1969 bis 1982 auch im Rückblick Bestand hat oder ob nun feststeht – wie es die Konservativen gern hätten –, daß die ganze Richtung nicht stimmte.

Gereizt und dünnhäutig verwahrte sich im April Peter Glotz, in den achtziger Jahren Bundesgeschäftsführer der SPD, gegen eine „larmoyante, selbstanklägerische und rechthaberische Debatte", die innerhalb der Sozialdemokratie ausgebrochen sei – verwunderlich „angesichts der Erfolge der Ostpolitik".

Diese „scheinbar defensive, sanfte" Entspannungspolitik, so Glotz, habe – neben den inneren Widersprüchen des realsozialistischen Systems und seiner Über-Rüstung – zum Sieg über den Kommunismus verholfen:

> Nur sie hat die Nomenklatura gezwungen, mit den jeweiligen Oppositionsbewegungen einigermaßen vorsichtig umzugehen. Nur sie hat es erreicht, daß die Störsender abgestellt wurden und die Konterinformationen der westlichen Auslandssender die Bürger des östlichen Imperiums erreichen konnten. Nur sie hat es möglich gemacht, daß sich die Zahl der Westkontakte im Osten vervielfacht hat – und dadurch die Kenntnis alternativer Lebensformen, der Unwille mit dem stockigen, unbeweglichen, spröden und im Zweifel brutalen kommunistischen System.

Glotz hat recht. Richtig auch seine Selbstkritik: „Da und dort mag der regelmäßige Kontakt von Funktionären kommunistischer und sozialdemokratischer Parteiapparate falsche Vertraulichkeiten erzeugt haben."

Manchmal war es noch mehr als falsche Vertraulichkeit. Manchmal war es wohl falsch.

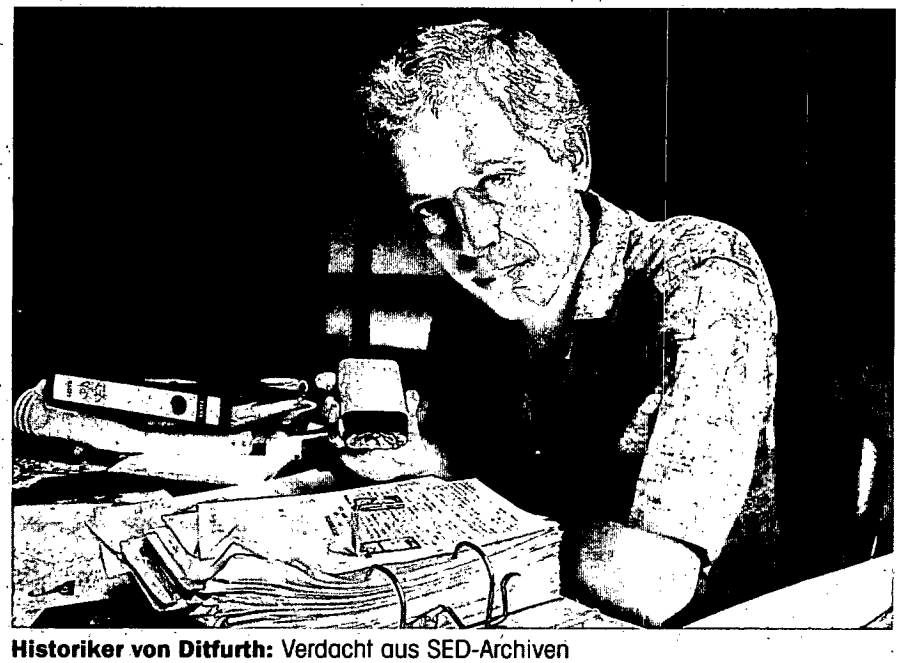
DDR-eigene Aufzeichnungen über diese Gespräche, die der Historiker und Publizist Christian von Ditfurth, 39, in den Archiven der ehemaligen SED und des Ost-Berliner Außenministeriums entdeckt und ausgewertet hat (siehe Seite 50), unterfüttern den Verdacht, daß einzelne SPD-Politiker nach 1982

- ▷ eine klammheimliche Kungelei mit der SED betrieben,
- ▷ die Ostkontakte für billige Wahlkampfzwecke umfunktionierten, wie der heutige SPD-Chef Björn Engholm mit Honecker,
- ▷ und in Extremfällen gar dem SED-Führer beim Vorgehen gegen Oppositionelle und Ausreisewillige die Hand reichten.

Für die SPD knüpfen sich an solche Erkenntnisse bittere Fragen, die über das mögliche Fehlverhalten einzelner hinausgehen.

Die Grundkonstanten der sozialdemokratischen Ostpolitik nach 1982 stehen vor einer kritischen Überprüfung: ihre Erwartung, ein Wandel im Osten werde sich erst nach Jahrzehnten evolutionär, niemals jedoch revolutionär ereignen; der Primat der Sicherheitspolitik, der ökonomische, soziale und politische Veränderungen im Ostblock als nachrangig erscheinen ließ – und nicht zuletzt die Prognose, die kommunistischen Parteieliten, nicht aber die Freiheitsbewegungen würden die Träger der erwarteten Veränderungen sein.

Insbesondere die Distanz zu den Oppositionellen sei „ein historisches Versäumnis der Sozialdemokratie", urteilt der SPD-Politiker Weisskirchen. Spätestens „ab 1980/81" hätte die Partei



Historiker von Ditfurth: Verdacht aus SED-Archiven

„ihren gouvernementalen, stabilitätsorientierten Politikansatz verändern müssen".

Wohl wahr: Seit dem Verlust der Regierungsmacht 1982 versuchte die SPD gegenüber der SED einen Spagat – einerseits die offiziellen Kontakte beizubehalten und zu stärken, andererseits den Dissidenten Freiräume zu erschließen. Sichtbarer Ausdruck war ein gemeinsames Papier der beiden S-Parteien vom Sommer 1987, das die SED sehr wohl zu Zugeständnissen zwang – sie aber zugleich als einzigen Gesprächspartner der SPD auswies. 13 von 15 befragten Bürgerrechtlern sehen darin auch heute noch einen Meilenstein auf dem Weg zur Wende.

Hinterher sind alle klüger. War, im Rückblick, Konrad Adenauers Hallstein-Doktrin, mit der die Anerkennung eines deutschen Zweitstaats verhindert werden sollte, etwa doch richtig? Und Straußens Milliardenkredit falsch?

Oder sind Regierungen nicht gehalten, eine Realpolitik zu betreiben, die ihren Bürgern nützt, auch wenn sie sich vor der Historie als kurzatmig erweist?

Angst vor den Akten

Archive enthüllen den Umgang von SPD- mit SED-Politikern / Von Christian von Ditfurth

Gesprächspartner Bahr, Honecker in Ost-Berlin 1981: „Wir tun alles, um der SPD nicht zu schaden"

„Möglichst viel Aufdeckung und Aufklärung" forderte der SPD-Ehrenvorsitzende Willy Brandt, als im März im Bundestag darüber debattiert wurde, eine Enquêtekommission zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte unter Leitung des ehemaligen DDR-Bürgerrechtlers und heutigen CDU-Abgeordneten Rainer Eppelmann einzusetzen.

Brandt distanzierte sich von „opportunistischem Verdecken oder voreiligem Vergessen". Erörtert werden müsse auch die Frage, ob die Politik des Westens dazu beigetragen habe, die Lebensdauer der kommunistischen Regime im Osten zu verlängern: „Aber warum nicht offen darüber sprechen?"

Egon Bahr, langjähriger Präside, heute Direktor des Hamburger Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik, hatte schon im Mai 1991 vor dem Berliner Kautsky-Bernstein-Kreis erklärt: „Wir können und wollen nicht vergessen und nicht verdrängen und nicht vor unserer Vergangenheit weglaufen, nicht als Volk, nicht als Partei, nicht als Individuum."

Auch die Erfahrung, daß vom Leben bestraft werden könne, wer zu früh komme, würde ihn nicht davon abhalten, „wieder zu tun, was schon damals richtig und nötig war", sagte Bahr.

Unausgesprochen wies er damit die Kritik zurück, die von der SPD-Führung betriebene Deutschlandpolitik habe Honecker und seinen Politbürokraten geholfen – auch bei der Bekämpfung der Opposition. Es sei notwendig gewesen, berechtigte Empörung öffentlich zu unterdrücken, widerspricht Bahr, „um sie intern um so wirksamer zu machen . . . Ich bin also nicht für das Verdrängen der Vergangenheit oder für eine aromatische Einheitssoße, sondern für intellektuelle wie mentale Klarheit, Sauberkeit und Offenheit".

Wenn also auch im Rückblick alles richtig gewesen sein soll, was Sozialdemokraten zwischen der Bonner Wende 1982 und der DDR-Wende 1989 mit der SED besprochen und vereinbart haben, dann erstaunt die Angst der SPD-Prominenz vor den Akten. Denn mit Vehemenz versucht sie zu verhindern, daß die Quellen im Zentralen Parteiarchiv der PDS, die die SPD-SED-Kontakte dokumentieren (Bestand: SED-Zentralkomitee, Büro Axen, ZPA IV 2/2.035/78-83), eingesehen werden. Es ist nicht weit her mit Offenheit.

Nur Ex-SPD-Präside Erhard Eppler willigte ein, auf den 30 Jahre währenden Persönlichkeitsschutz des Bundesarchivgesetzes zu verzichten und damit den Weg zu den Akten freizumachen. SPD-